

Zaghafte Schritte in die richtige Richtung

In der politischen Diskussion über Flüchtlinge ist zuletzt das Thema Arbeitsmarktintegration in den Mittelpunkt gerückt. Inhaltlich fundierte Stellungnahmen der Politik sind rar. Es dominieren ideologische Konstruktionen. Wir wollten von dem Arbeitsmarkt- und Migrationsexperten August Gächter wissen wie die Situation von Flüchtlingen am österreichischen Arbeitsmarkt tatsächlich aussieht und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um diese Situation zu verbessern. *Das Interview führte Herbert Langthaler.*



August Gächter forscht am Zentrum für Soziale Innovation über soziale Integration und die Verringerung von Diskriminierung.

asyl aktuell: Wie stehen die Chancen für Flüchtlinge am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen? Es gibt hierfür sehr unterschiedliche Prognosen. Was kann man seriöserweise sagen?

August Gächter: Das hängt sehr stark von der wirtschaftlichen Lage ab. Wenn man schaut wann Flüchtlinge in den letzten 25 Jahren in die Beschäftigung gekommen sind, war das immer in Peri-

oden des wirtschaftlichen Aufschwungs. Zum Beispiel die RumänInnen im Jahr 1990, das war das letzte Mal, dass Österreich 4 % Wirtschaftswachstum hatten. Damals wurde sogar vom Innenministerium ein Ressortübereinkommen mit dem Sozialministerium gemacht. Viele RumänInnen haben das Asylverfahren gar nicht abgeschlossen, sondern haben aus dem Asylverfahren heraus eine Beschäftigungsbewilligung bekommen.

Als im April 1992 die ersten BosnierInnen gekommen sind, hat man noch bis zur Septemberprognose geglaubt die Wirtschaft wird in diesem Jahr schrumpfen. Trotzdem war die Integration der BosnierInnen erfolgreich. Mehrere Dinge haben zusammengewirkt: einerseits der Aufschwung von 1998 und schon davor die Tatsache, dass die Kommunen zum ersten Mal aktiv geworden sind, um für die Flüchtlinge eine Möglichkeit der Beschäftigung zu bekommen. Das gibt es bei den SyrerInnen jetzt auch, aber in wesentlich geringerem Ausmaß.

Was ich in den Daten von 2004 sehe ist, dass die BosnierInnen damals schon eine Erwerbstätigenrate von 75 % hatten. Das war schon fast so hoch wie die der einheimischen Bevölkerung. Die RumänInnen hatten 2004 eine höhere Erwerbstätigenrate als die ÖsterreicherInnen, nämlich 80 %. Bei beiden ist die Erwerbstätigenrate von 2004 bis 2007/2008 mit der der ÖsterreicherInnen parallel gestiegen. In der Krise 2009 bricht die Beschäftigung bei den RumänInnen, die zwischen 1989 und 1991 nach Österreich gekommen sind, und bei den BosnierInnen, die zwischen 1992 und 1995 gekommen sind, ein. Bei den ÖsterreicherInnen passierte gar nichts, es gab lediglich keine Steigerung. Das zeigt, dass Flüchtlinge nach 15 Jahren noch anfällig für eine Rezession am Arbeitsmarkt

sind. Der Grund ist ziemlich sicher, dass sie in Hilfs- und anderen wenig qualifizierten Tätigkeiten beschäftigt waren. Diese haben in der Rezession stark gelitten. Seit 2011 hat sich die Beschäftigungslage dieser Gruppen wieder ein bisschen erholt, aber sie ist nicht auf das alte Niveau zurückgekehrt.

Im Vergleich dazu habe ich mir die RussInnen (TschetschenInnen) angesehen, die zwischen 2002 und 2005 nach Österreich gekommen sind. Die Erwerbstätigenrate fängt zunächst einmal auf einem ganz niedrigen Niveau an und im Aufschwung 2006/2007 geht sie in die Höhe. Zuerst langsam, dann schneller und anschließend hört das Wachstum auf. Danach bleibt die Rate auf einem 50 % Niveau bis heute. Verblüffend ist, dass in der Krise die Beschäftigungsrate nicht mehr hinuntergegangen ist. Vielleicht sind sie zum Teil in eine bessere Beschäftigung gekommen. Für die jetzige Situation heißt das: Da kein Aufschwung in Aussicht ist, werden Flüchtlinge wahrscheinlich nur sehr schleppend in Beschäftigungen kommen.

aa: Was müsste man hier für Maßnahmen ergreifen, um diesen Prozess zu beschleunigen?

AG: Ein möglicher Ausweg wäre wahrscheinlich die Betriebe dazu zu bekommen, dass sie Flüchtlinge für Hilfs- oder andere Tätigkeiten in Erwägung ziehen. Das geht mit den Betrieben in Österreich nur, wenn die Leute entsprechende Deutschkenntnisse mitbringen. Das wäre zwar für die Jobs nicht immer zwingend erforderlich, aber für Betriebe in Österreich sind anscheinend das Foto und die Deutschkenntnisse die wichtigsten Entscheidungskriterien.

Nachdem es länger dauern wird, bis der Aufschwung kommt, hätte man Zeit, um Vorbereitungen zu treffen. Man sollte

Deutschkurse mit anderen Maßnahmen kombinieren, so dass ein Tagesprogramm entsteht. Es sollten Arbeits- bzw. Betriebserfahrungen gemacht werden, ein Kennenlernen von Berufen im Umfeld ihres Interesses oder im Umfeld ihrer Berufserfahrung stattfinden. Hier müsste das gelernte Deutsch einerseits eine alltägliche Orientierung und andererseits auch eine Joborientierung haben. Wobei einzelne Betriebe ganz unterschiedliche Arbeitssprachen haben. Dieses individuelle Betriebsdeutsch ist ganz wichtig, damit man in der Firma akzeptiert wird. Eine Möglichkeit wäre, die Flüchtlinge Praktika machen zu lassen, damit sie im Betrieb auch diese Erfahrungen machen.

aa: Solche Programme werden zurzeit im kleinen Rahmen, zum Beispiel vom *Verein Wirtschaft und Integration*, durchgeführt.

AG: Auch das AMS kündigt schon eine ganze Weile an, dass man die Dinge kombinieren wird. Im Grunde genommen sollte es sich von der Intensität anfühlen wie eine Vollzeitbeschäftigung. Vermittlung von Fachwissen und natürlich Anerkennen von vorhandenen Abschlüssen und Erfahrungen sind wichtig.

aa: Welchen Einfluss hat mitgebrachte Bildung und was wissen wir hier über den Stand der Bildung der Flüchtlinge?

AG: Im Mikrozensus der privaten Haushalte 2014 war bei den Nicht-ÖsterreicherInnen die Frage enthalten, was der Grund ihrer Einreise war. Bei jenen, die zwischen 2009 und 2014 gekommen sind und Flucht als Grund angeben haben (hier waren schon SyrerInnen mit dabei), gaben 60 % an, höchstens Pflichtschule zu haben und 30 % Matura oder eine höhere Ausbildung. Viele Flüchtlinge haben wenig Bildung und andererseits gibt es mehr Personen als in der einheimischen Bevölkerung

mit höherer Bildung. Was fehlt, das sind die mit mittlerer Bildung, die machen nur 10 % aus. Diese mittlere Bildung haben 60 % der Männer und 45 % der Frauen in Österreich. Das ist auch das, womit sich das AMS und die Betriebe am leichtesten tun.

Aus den Daten sehe ich: Wenn jemand mit geringer Bildung nach Österreich kommt, hat er/sie fast keine Chance mehr irgendeine Ausbildung nachzuholen. Wer mit Matura oder Uniabschluss nach Österreich kommt, macht hier fast sicher auch einen Uniabschluss. Wenn man mit weniger als Matura nach Österreich kommt ist es ganz unwahrscheinlich, noch irgendeine Ausbildung abzuschließen. Diese 60 % haben nicht eine geringe Bildung, weil sie dumm sind, vielmehr sind viele zu jung, um schon Bildungsabschlüsse erworben zu haben und andererseits werden mittlere Ausbildungen anderswo auf der Welt gar nicht angeboten. Diese Spezialisierung auf mittlere Ausbildungen hat ihre Ursachen noch in der Monarchie und ist ein Spezifikum von Mitteleuropa. Betriebe nehmen nicht gerne Personen in Lehre, die 20 Jahre alt oder älter sind.

aa: Wegen der Kosten oder warum?

AG: Das ist in manchen Branchen so, dass sie in diesem Fall einen Hilfsarbeiterlohn zahlen müssten, mit dem Argument, wenn man diesen Leuten nicht zumindest einen Hilfsarbeiterlohn zahlt, auch keiner eine Lehre machen wird, denn von der Lehrlingsentschädigung könne man ja nicht leben und außerhalb Wiens bekommen sie keine Aufzahlung zur BMS. Inzwischen sind allerdings wieder 15 % der Lehrlinge über 20 Jahre alt. Die meisten haben aber die Lehre angefangen, bevor sie 20 Jahre alt waren und sind einfach noch nicht fertig. Eine Lehre für Erwachsene wäre sicher etwas Sinnvolles. Hier sollte man ein Schema entwickeln, das auch für

die Betriebe passt. Es gibt sicher auch Befürchtungen bei über 20-jährigen, dass diese Leute sich weniger gefallen lassen oder dass man ihnen nicht mit den Eltern drohen kann. Hier wäre es wahrscheinlich hilfreich, wenn es noch eine dritte Person mit im Spiel gäbe, so wie ein/e MentorIn.

aa: So wie bei *lobby.16*. Es gibt den Verein und innerhalb der Betriebe gibt es Verantwortliche für die Flüchtlingslehrlinge.

AG: Ja, und ich denke, so etwas könnte man relativ breit anlegen. Es gibt viele Leute die noch nicht lange in Pension sind, Erfahrungen haben und die Betriebe kennen. Wenn ein kleiner Prozentsatz sich hierfür mobilisieren ließe, dann hätten wir überall solche Leute. Vielleicht müsste man ihnen ein bisschen Unterstützung zukommen lassen, nicht in finanzieller Hinsicht, sondern eine vorbereitende Schulung, dass sie ihre Rolle verstehen und um was es im Allgemeinen geht. Nämlich, dass der Betrieb jemanden hat, den er bei Anliegen ansprechen kann und damit der junge Mann/ die junge Frau auch weiß, an wen er/sie sich wenden kann, wenn irgendwo ein Problem auftaucht.

aa: Welche sind die Bereiche des Arbeitsmarkts, die Lehrlinge oder Personen mit mittlerer Ausbildung wirklich brauchen?

AG: Jetzt werden sie sehr oft in die Gastronomie vermittelt. Die Gastronomie ist in gewisser Weise ein Problembereich, denn dort bleibt niemand sehr lange. Ich finde allerdings, dass Gastronomie durchaus funktionieren kann. Die Gastronomie könnte wie ein Durchlauferhitzer funktionieren. Eine Art Schnellkurs. Die Leute haben mit Kunden, Vorgesetzten und MitarbeiterInnen zu tun, lernen Deutsch, sehen wie ein Betrieb funktioniert und unter Umständen sieht man auch, dass es nicht nur das städtische Österreich gibt.



Auch im Transportwesen besteht weiter Bedarf an Arbeitskräften. Aber da ist man alleine, hat mit niemand anderem zu tun, sitzt hinter dem Lenkrad und fährt womöglich tausende Kilometer herum. Bei den Frauen ist nach wie vor das Reinigungswesen ein Klassiker. Diesbezüglich hört man auch aus den AMS-Landesgeschäftsstellen, dass sie Schwierigkeiten haben, Personal zu vermitteln. Hier werden zu schnell Anschuldigungen erhoben und es wird zu wenig überlegt, warum diese Positionen immer vakant sind. Warum gibt es 400.000 bis 500.000 Arbeitslose, aber trotzdem sind diese Stellen nicht zu besetzen und warum erwartet man, dass Flüchtlinge diese Arbeit machen.

Bei den Flüchtlingen, die Ausbildungen mitbringen, würde es helfen diese auch anzuerkennen und zu schauen, dass sie mit diesen Ausbildungen auf Deutsch agieren können. Bei jenen, die keine Ausbildungen haben, ist es ganz wichtig, dass sie schnell eine Ausbildung bekommen. Bei

In Österreich verlässt man sich darauf, dass schon irgendwie alles funktioniert. Es fehlt oft an einem Plan, an Zielformulierungen.



Ein möglicher Ausweg wäre wahrscheinlich die Betriebe dazu zu bekommen, dass sie Flüchtlinge für Hilfs- oder andere Tätigkeiten in Erwägung ziehen.

der inländischen Ausbildung stellt sich das Anerkennungsproblem nicht und sie lernen von Anfang an auf Deutsch. Ich würde mich aber nicht auf Betriebe alleine verlassen, dass sie ein sinnvolles Deutsch vermitteln, das würde ich begleiten lassen. In Österreich verlässt man sich immer ein bisschen zu sehr darauf, dass das schon irgendwie alles funktioniert. Es fehlt oft an einem Plan, an Zielformulierungen.

aa: Das fehlt bei den Deutschkursen ja allgemein.

AG: Genau, wie Thomas Liebig 2011 im OECD-Bericht geschrieben hat, es gibt zwar Deutschkurse, aber keinen Nachweis, dass sie etwas bringen. Darin stand auch, dass Österreich eines der wenigen Länder

ist, das keinen übergreifenden Integrationsplan hat. Das gilt ja nach wie vor. Seit Sebastian Kurz Außenminister ist, fühlt sich auf der Regierungsebene keiner mehr dafür zuständig so etwas zu machen. Vielleicht kann man jetzt die neue Staatssekretärin Muna Duzdar darauf ansprechen.

aa: Gibt es Chancen für Flüchtlinge sich in den Regionen, in denen sie während des Asylverfahrens gelebt haben, niederzulassen? Bei den BosnierInnen war es ja so, dass viele in den Regionen geblieben sind. Weiß man, warum sie das geschafft haben?

AG: Sie sind in den Regionen in die Beschäftigung gekommen und dortgeblieben. Die, die nicht vor Ort in die Beschäftigung gekommen sind, sind in Städte gezogen. Nicht immer nach Wien. Die RumänInnen zum Beispiel, sind eben in dieser Situation von hohem Wirtschaftswachstum gekommen, sie sind tatsächlich sehr stark in den Orten geblieben, wo man sie hinge setzt hat, weil man sie dort an Ort und Stelle in Beschäftigung genommen hat. Wenn man schaut, wo jetzt deren Kinder sind, sind diese nicht mehr da, sie sind in die Städte gezogen. In Wirklichkeit, sind die Menschen, die jetzt nach Wien ziehen, Landflüchtlinge. Sie sind politisch und rechtlich Flüchtlinge, aber gleichzeitig sind sie Land-Stadt-MigrantInnen. Das waren Sie wahrscheinlich auch schon im Herkunftsland oder wären es geworden und die zieht es jetzt vermutlich nicht so sehr auf das Land.

Die Städte stellen für die Leute eine gewisse Sicherheit dar. Da sind sie nicht allein. Wenn man als einzelner Araber irgendwo am Land ist, dann muss man schon eine sehr hohe soziale Kompetenz haben, um mit der Situation zurechtzukommen. Sonst steht man unter einem irrsinnigen Druck, da ist man in der Stadt

tatsächlich besser aufgehoben. Die Wohnsituation ist in den Städten auch besser.

aa: Wäre es auch eine Chance für die Regionen, wenn Flüchtlinge dort bleiben würden, um vielleicht gewisse Wandelprozesse anzustoßen oder ähnliches?

AG: Es gibt offensichtlich Bürgermeister, die sagen, sie hätten gerne, dass die Flüchtlinge bleiben, weil sie sonst zum Beispiel die Schule zusperrten müssen. In solchen Situationen werden sie sich wahrscheinlich Mühe geben, dass die Leute keinen Grund haben wegzulaufen. Ich bin mir aber nicht sicher, ob sie immer wissen, was das Sinnvollste zu tun wäre. Abwanderungsregionen hätten immer gerne Leute die zuziehen, aber man muss sich auch fragen, warum ist das eine Abwanderungsregion? Warum soll jemand in eine Abwanderungsregion ziehen? Welchen Sinn ergäbe das für die Person, die zuzieht? Gibt es einen Job? Werde ich von der lokalen Bevölkerung aufgenommen? Wahrscheinlich müsste man de facto ein Heiratssprogramm initiieren, dann würden sich die Leute möglicherweise verankern lassen. Es wird niemand wohin ziehen, wenn er oder sie, um einen Job zu haben pendeln muss und trotzdem nur in einer Hilfs- oder Anlernertätigkeit arbeiten kann. Dort wo es nicht ganz abgeschieden ist und entlang von Hauptverkehrslinien könnte es funktionieren. Bezirksstädte könnte ich mir auch noch vorstellen. Ich habe dabei zum Beispiel Vöcklabruck im Kopf. Ich weiß, Vöcklabruck versucht Leute aus Linz abzuwerben. Sie brauchen IngenieurInnen, ein/eine IngenieurIn, der/die in Linz arbeitet, lässt sich im Normalfall nicht nach Vöcklabruck abwerben. Die Vöcklabrucker könnten es ja in Erwägung ziehen, stattdessen Flüchtlinge zu nehmen.

aa: Es bräuchte also betriebsgebundene Bildungsprogramme, Trainings on

the Job mit berufsspezifischen Deutschkursen etc. Sehen Sie Ansätze, wo das auch schon konkret umgesetzt wird?

AG: Ich habe keinen Überblick was es alles an Projekten gibt. Ich habe viel mit dem AMS in Oberösterreich zu tun. Da sehe ich, dass es Schritte in die richtige Richtung gibt, es aber nicht sehr schnell geht. Ein Element ist, dass das AMS jetzt schon die Kurse auf mehr als 30 Wochenstunden ausgeweitet hat. Das AMS finanziert also sozusagen Betreuung. Montag bis Freitag immer ein halber Tag Deutschunterricht und danach ein anderes Programm.

Es ist mir aufgefallen, dass zwischen den Aussagen der Sozialpartner und der Praxis der Kommunen eine große Diskrepanz besteht. Es wurde auf meine Anregung hin begonnen, regional gemeinsame Informationsveranstaltungen von Kommunen, AMS, Arbeiter- und Wirtschaftskammer zu organisieren. Wo auch – zumindest teilweise – die AsylwerberInnen und Asylberechtigten vor Ort einbezogen werden.

aa: Wer ist die Zielgruppe?

AG: Die Zielgruppe sind die Ortsbevölkerungen, mit örtlich ansässigen Firmen. Es geht eigentlich darum Spekulationen etwas entgegenzusetzen und einen Raum zu schaffen für Informationen aus erster Hand. Es ist sehr wichtig, dass man versucht, Kräfte zu bündeln. Bis jetzt hatten die Kommunen und die Sozialpartnerschaft relativ wenig miteinander zu tun. Es gibt kaum einen Fall in Österreich, wo die regionale Geschäftsstelle des AMS irgendeinen Kontakt zu den örtlichen Bürgermeistern hat. Ich verstehe den Bürgermeister der sagt, ich habe eh schon so viel um die Ohren und will mich nicht auch noch um deren Arbeitsmarkt kümmern. Letztlich ist es aber seine Bevölkerung, es sind seine Jugendlichen, es sind seine Flüchtlinge,

seine 50-Jährigen. Er könnte ein Interesse daran haben, dass diese beschäftigt sind. Die Kommunen haben auch die Möglichkeit hier ein paar Jobs zu schaffen und sie sind auch im direkteren Kontakt mit den Betrieben der Grundversorgungsquartiere.

Wenn die Kommune vermitteln kann, das sind Personen um die wir uns besonders kümmern, dann wird der Betrieb mehr Vertrauen haben. Hier die Zusammenarbeit zu vertiefen ist sicher gut. Es fehlt auch noch die Erfahrung und Kompetenz im Umgang zwischen Kommunen und AMS. Generell gibt es im ganzen System solche Kompetenzlücken. Jetzt wurden viele solcher Lernprozesse angestoßen, die aber weitgehend unbegleitet ablaufen. Hier wäre es oft hilfreich, den Entscheidungsträgern auf kommunaler Ebene oder auch Leuten aus der Sozialpartnerschaft inklusive AMS, die Möglichkeit anzubieten, die Dinge, die sie erlebt haben zu reflektieren und in einen Bezugsrahmen zu setzen. Es gibt viele Seminareangebote, die eine Einrichtung wie das AMS nutzt, um die eigenen MitarbeiterInnen weiterzubilden, aber die Kommunen tun das noch viel zu wenig.

aa: Die Landesakademie in NÖ macht schon so etwas.

AG: Ich merke, dass sich in NÖ ein bisschen etwas bewegt. Es wäre interessant zu wissen, ob es Vergleichbares in den anderen Bundesländern auch gibt.

aa: Die BürgermeisterInnen und Kommunen, die nicht wollen, die erreicht man ja leider gar nicht.

AG: Das haben wir auch schon bei verschiedenen Gelegenheiten diskutiert. Es wurde dann zum Beispiel erzählt: „Meine Nachbarn waren so dagegen, dass ich Flüchtlinge aufnehme. Ich bin dann halt mit den Flüchtlingen von Haus zu Haus gegangen und habe gesagt, so da ist er jetzt,

der heißt so und so und schüttelt einmal die Hände, so ging das schon“. Der Punkt dabei ist, diese Person hat die Nachbarn auf eine ganz freundliche Art und Weise zum Kontakt gezwungen. Mehr solche Aktivitäten im Flüchtlingsbereich zu setzen, bei denen die Leute sich wirklich von Person zu Person kennenlernen, wäre wichtig.

aa: Also mehr Mentoring- und Patenschaftsprogramme, mehr Begegnung. Hier kommt ja einiges, vor allem aus der Zivilgesellschaft. Es bleiben allerdings BürgermeisterInnen, die oft sehr stur sind.

AG: Die glauben ja, sie sind in der Mehrheit und das stimmt vielleicht gar nicht. Das mit dem Kontakt ist in Wirklichkeit wahrscheinlich das Wichtigste überhaupt. Das baut Befürchtungen ab, schafft persönliche Bekanntschaften und erleichtert auch den Weg in die Beschäftigung. Jeder hat irgendwelche Bilder im Kopf. Die kommen meist aus den Medien. Wenn man Bilder von Leuten hat, die im Dreck sitzen und unter Stacheldrähten durchkriechen und denen man die 2.000 km Flucht ansieht, dann sind das sicherlich nicht die Leute, die man beschäftigen will. Da würde es oft helfen, sie in Arbeitskleidung abzulichten und so mit den Betrieben in Kontakt zu bringen.

aa: Andere Ansätze sind die Kompetenzchecks vom AMS bzw. Maßnahmen, die darauf hinauslaufen mitgebrachte Fähigkeiten, die nicht in so einem System wie Lehre o.Ä. zu Stande gekommen sind, zu erheben und anzuerkennen. Haben Sie Beispiele, was es gibt bzw. wissen Sie Genaueres wie die Kompetenzchecks abgelaufen sind?

AG: Oberösterreich und Wien sind in diesem Bereich die Vorreiter. In den anderen Bundesländern schaut es sehr viel beliebiger aus. Das macht in Wirklichkeit jede Landesgeschäftsstelle anders. In

interview

Oberösterreich arbeitet das AMS, weil sie nicht für alles einen Kompetenzcheck haben, zum Teil mit Betrieben, die räumlich nahe sind, zusammen und bittet sie, die angegebenen Kompetenzen der Personen zu kontrollieren. Der Betrieb schaut dem/derjenigen einen Tag lang auf die Finger und gibt danach ein Urteil ab. Wobei es manchmal noch ganz gut wäre eine zweite Meinung einzuholen. Die Ergebnisse der Kompetenzchecks in Oberösterreich scheinen nicht wesentlich davon abzuweichen, was ich aus dem Mikrozensus herauslese. Das scheint schon einigermaßen realistisch abzulaufen.

Leider tragen die BeraterInnen manchmal noch immer nicht die tatsächlich absolvierte Ausbildung in die Personaldaten ein, sondern einfach „Pflichtschule“. Wenn das Ergebnis des Kompetenzchecks nicht zwingend eingetragen wird, heißt das, das AMS gibt auf der einen Seite Geld aus, um etwas herauszufinden was schlussendlich nicht in den Daten vermerkt wird. Hier sind sicherlich Verbesserungen nötig. Ich nehme an, die werden kommen, aber diese Lernprozesse laufen immer furchtbar langsam ab.

aa: Inwieweit kommt rassistische Diskriminierung am Arbeitsmarkt als weiteres Problem für Flüchtlinge dazu?

AG: Ja, das ist ein absolut wichtiger Aspekt. Das Antidiskriminierungsrecht ist so konzipiert, dass zuerst etwas passieren muss bevor man etwas machen kann. Vollkommen verkehrt. Man stelle sich vor, wir würden die Straßenverkehrsordnung so machen. Zuerst muss der Unfall passieren und dann kann man sich darüber unterhalten, wer Vorrang gehabt hätte. Das kann ja wohl nicht sein. Wenn ein Betrieb bei der Auswahl diskriminiert, passiert gar nichts. De facto kann man dagegen gar nicht klagen, weil man nicht beweisen

kann, dass irgendetwas passiert ist. Es fehlt eine Zuständigkeit bei den Betrieben, etwas zu bewegen. Das traut sich in Österreich niemand. Eigentlich wäre die Wirtschaftskammer dafür zuständig ihren Mitgliedern zu vermitteln: „So etwas machen wir nicht, wir handeln objektiv“. Dann müssten sie auch zu ihnen sagen: Inserate in denen steht „ein aussagekräftiges Foto beizulegen“, gehen überhaupt nicht. Solche Inserate sind in Österreich aber üblich. Das AMS hat schon auch Möglichkeiten mit den Betrieben zu arbeiten und macht das auch, mitunter viel mehr als die Wirtschaftskammer, nämlich über ihr Service für Unternehmen. Sie versuchen zu intervenieren und sagen, wenn immer wieder der gleiche Betrieb Ausländer ablehnt, dann ist das langsam gefährlich.

aa: Danke für das Interview

Im Flüchtlingsbereich mehr Aktivitäten zu setzen, bei denen die Leute sich wirklich von Person zu Person kennenlernen, wäre wichtig.

